

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Gendarmen Str. 2/3  
Erscheinung: Montag, den 1. März 1928, 1078 und 1202. — Die Zeitung  
erschließt jeden Freitag  
Telegraphen-Adresse: Textil-Arbeiter Berlin

Versteht sich über nichts — Versteht alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen und Verbandsgebühren sind an Otto Schmidt, Berlin D 24,  
Meynert-Strasse 8/9 (Postfach 1010 5386), zu richten. — Bezugspreis  
nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.  
Anzeigenpreis: 4 Mark für die durchschnittliche Zeile

## Der Textilarbeiterstreik W.K. vor dem Reichsarbeitsgericht.

### Schwere Niederlage der Textilbarone.

Mit einem wichtigen Rechtsstreik für die Gewerkschaften beschäftigte sich am Mittwoch das Reichsarbeitsgericht. Es handelte sich um ein Nachspiel von dem Textilarbeiterstreik in der Delmenhorster Kammgarnspinnerei im April des vorigen Jahres.

Im Frühjahr 1927 streikten die Textilarbeiter in den Delmenhorster Kammgarnspinnereien W.K. Auf Anrufen des Deutschen Textilarbeiterverbandes wurde eine Schlichtungskammer gebildet. Diese Schlichtungskammer fiel am 25. Mai 1927 einen Schiedsspruch dahin, daß die Streikzeit nicht als Arbeitsunterbrechung gilt. Die Regelung des Urlaubs erfolgt nach den Beschlüssen der zentralen Kommission für die Textilindustrie. Der Schiedsspruch wurde vom Deutschen Textilarbeiterverband angenommen, von der Delmenhorster Kammgarnspinnerei aber abgelehnt. Der Schiedsspruch wurde vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Am 26. Juni 1927 erhob die Firma beim Landgericht in Berlin eine Klage gegen den Deutschen Textilarbeiterverband auf Feststellung, daß die Schiedsprüche nicht regelrecht zustande gekommen seien. Daraufhin erließ die Firma durch Anschlag und Bekanntmachung in Zeitungen, daß sie die Schiedsprüche und die Verbindlichkeitsklärung nicht anerkenne, daß sie aber bereit sei, einstweilen Arbeiter zu den Lohn- und Manteltarifbedingungen des Schiedspruches einzustellen. Als sich wenig Arbeiter meldeten, trat die Firma an den Deutschen Textilarbeiterverband heran, die streikenden Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Der Deutsche Textilarbeiterverband vertritt nun die Meinung, daß die Firma den Arbeitern, die die Arbeit wieder aufgenommen haben, Urlaub zu gewähren habe in Gemäßheit der Bestimmungen der verbindlich erklärten Schiedsprüche und daß demgemäß bei Berechnung des Urlaubs die Streikzeit nicht als Arbeitsunterbrechung zu gelten habe. Die beklagte Firma vertritt die Ansicht, daß sie zur Gewährung von Urlaub nicht verpflichtet sei. Die Rechtsgültigkeit der verbindlich erklärten Schiedsprüche siehe infolge der Anfechtungsklage noch nicht fest und, solange dies nicht der Fall sei, könnten Ansprüche aus den Schiedsprüchen nicht erhoben werden. Dagegen erhob der Deutsche Textilarbeiterverband Klage beim Arbeitsgericht in Delmenhorst. Das Arbeitsgericht lehnte den

Antrag des Verbandes ab. Nunmehr wurde Berufung beim Landesarbeitsgericht in Oldenburg eingelegt. Am 29. September 1927 wurde das Urteil der Vorinstanz aufgehoben, und zwar insoweit die Beklagte die Kosten des Rechtsstreits zu fünf Sechstel zu tragen hatte. Der Kläger wird mit seiner Klage auf Gewährung des Urlaubs abgewiesen und verurteilt, die gesamten Kosten beider Instanzen zu tragen. Die Berufungsinstanz machte in ihrer Begründung folgendes geltend. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Beklagte tatsächlich verpflichtet ist, ihren wieder eingestellten Arbeitern, soweit sie dem klägerischen Verbands angehören, Urlaub in der vom Kläger geforderten Weise zu gewähren. Auf keinen Fall sei der Kläger berechtigt, im eigenen Namen den Anspruch der Arbeiter auf Urlaub geltend zu machen. Werden Einzelarbeitsverträge unter gewissen Normen abgeschlossen und verweigert der Arbeitgeber die ihm nach den festgelegten Normen abfließenden Verpflichtungen, Zahlung des festgesetzten Lohnes und des festgesetzten Urlaubes, so kann auf die Erfüllung dieser Verpflichtung nur der einzelne Arbeitnehmer, nicht aber auch die betreffende Tarifvertragspartei aus eigenem Rechte klagen. Auch in dem vorliegenden Falle könnte nicht der Kläger, sondern der einzelne Arbeitnehmer seine Ansprüche geltend machen.

Gegen dieses unverständliche Urteil legte der Deutsche Textilarbeiterverband Revision ein, um einmal eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen. Das Reichsarbeitsgericht beschäftigte sich am 11. Januar 1928 nochmals mit dieser für die gesamten Gewerkschaften wichtigen Frage und kam zur Aufhebung des Urteils der Vorinstanz. Auch erklärte sich das Gericht für die Zulässigkeit der Revision. Die Sache wird zur anderweitigen Entscheidung an die Vorinstanz zurückgewiesen. Die Vorinstanz habe die Frage, ob der Kläger berechtigt war, die Klage zu führen, nicht richtig entschieden. Das Reichsarbeitsgericht stellt grundsätzlich einmal fest, daß eine Tarifvertragspartei klagen kann und nicht nur der einzelne Arbeitnehmer. Die Klage auf Gewährung von Urlaub selbst habe die Vorinstanz zu prüfen. Das Gericht habe diese Frage offen gelassen und nur eingehend geprüft, ob der Deutsche Textilarbeiterverband berechtigt war, die Klage von sich auszuführen und habe dieses bejaht. Die Kosten des Rechtsstreik hat die Beklagte zu tragen.

## Im Profite und Subventionen.

Der drohende Riesenarbeitskampf in der Eisenindustrie ist vor Wochen durch einen Schiedsspruch beigelegt worden. Er sieht die unmittelbare Einführung des Achtstundentages für einen Teil der Eisenindustrie vor. Aber auch diesem Spruch, der den Interessen der Eisenindustriellen sicherlic Rechnung trägt, will sich die rheinisch-westfälische Schwerindustrie nicht beugen. Man versucht immer wieder, die Ausführungen des Schiedspruches illusorisch zu machen.

Dahin gehört die von der Eisenindustrie erneut aufgenommene Forderung nach Erhöhung der Eisenpreise. Ohne Zweifel will man durch diese Forderung den Reichsarbeitsminister beeinflussen, der zu guter Letzt darüber zu entscheiden hat, wo der Schiedsspruch Anwendung finden soll.

So ist die Forderung nach höheren Eisenpreisen einmal für die Unternehmer taktische Maßnahme; des anderen aber wollen sie die Verluste, die ihnen aus der Beteiligung an der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, am Internationalen Eisenpakt erwachsen sind, ausgleichen. Deutschland hat nämlich seine Beteiligungsquote gerade in den letzten Monaten weit überschritten. Dafür muß es an die Kassen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft Strafgebühren zahlen, die weit in die Millionen gehen. Selbstverständlich belasten solche Zahlungen die Gesellschaften ganz bedeutend, während es durch die Gründung des Internationalen Eisenpakts nicht gelungen ist, die Exportpreise in die Höhe zu treiben, was man der Öffentlichkeit vor Jahr und Tag versprochen hat.

Der Plan der deutschen Eisenindustrie, die Verluste aus der Beteiligung am Internationalen Eisenpakt durch Erhöhung der Inlandspreise wett zu machen, ist durchaus möglich. Bekanntlich haben sich die deutschen Eisenindustriellen im Rahmen der internationalen Rohstahlgemeinschaft mit der französischen und luxemburgischen Eisenindustrie dahin verständigt, daß diese ihnen in Deutschland keine Konkurrenz machen. In Deutschland kann also der Eisenpreis schließlich nur von Belgien oder von England unterboten werden. Das gilt aber auch nur bedingt, da die Eisenkonzerne es durch einen brutalen Kampf gegen den freien Eisenhandel verstanden haben, diesen fast vollständig von sich abhängig zu machen. Die Schwerindustrie kann also den deutschen Verbrauchern, vor allem dem deutschen Maschinenbau und der anderen eisenerarbeitenden Industrie, weiter auch dem Baumarkt, die Eisenpreise diktieren. Dafür bezahlt sie ja in Form der Strafgebühren (wegen Quotenüberschreitung)

## Der Schiedsspruch für die sächsisch-thüring. Webereien vom 22. Dezember 1927 ist vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden.

Der am 22. Dezember 1927 gefällte Schiedsspruch im Manteltarifstreit zwischen den Unternehmern der sächsisch-thüringischen Webereien und der Arbeiterschaft ist nach vorangegangenen Verhandlungen vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Die Verhandlungen, die vorher stattfanden, scheiterten, und zwar vornehmlich aus Gründen der §§ 6 und 7 der Manteltarifbestimmungen. Der § 6 lautet: „Für alle Warte- und Puzzeiten, sowie bei Störungen aller Art, die ein Zurückbleiben der Akfordleistungen im Gefolge haben, aber nicht vom Arbeitnehmer zu vertreten sind, wird der Zeitlohn und 15 Proz. bezahlt.“

Im § 7 heißt es: „Müssen Akfordarbeiter vorübergehend andere Arbeit leisten, so erhalten sie den Zeitlohn plus 15 Proz.“

Die Bestimmungen dieser beiden Paragraphen verhindern also eine Einigung, indem die Unternehmer behaupteten, diesen Bestimmungen nicht zustimmen zu können. Zu beachten ist aber, daß fast alle anderen Manteltarife außerhalb Sachsen-Thüringens diese Bestimmungen enthalten. Man hat sich aber schon längst daran gewöhnt, Warte- und Puzzeiten zu entschädigen. Die Greiz-Geraer Webereibesitzer haben leider bisher für Puzzeiten keine und für Wartezeiten nur in beschränktem Maße keine Vergütungen gewährt. Die Ablehnung des Schiedspruches lediglich aus diesen Gründen kennzeichnet zur Genüge die Willkürhaftigkeit der Greiz-Geraer Unternehmer. Im Hinblick auf die Tarifbestimmungen in anderen Landesbezirken, die im großen und ganzen dieselben Bestimmungen im Tarifvertrag verarbeitet haben, hatte es das Arbeitsministerium erreicht, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

## Die Konsumvereine gegen Preisdiktatur.

Ein eigenartiges Erlebnis hatte der Konsumverein „Haus halt“ für Meerane und Umgegend. Dieser eröffnete am 11. November v. J. eine Spezialverteilungsstelle, in der er u. a. auch Schallplatten für 4,10 Mk., nach Abzug von 5 Proz. Rabatt für 3,90 Mk. abgab, weil er dabei bei normaler Kalkulation durchaus seine Rechnung fand und den „vorgeschriebenen“ Preis von 5 Mk. um 1,10 Mk. zu hoch hielt. Bereits am 30. November erhielt der Verein von der juristischen Abteilung der Carl Lindström A.-G., Berlin, einen eingeschriebenen Brief betr. „Preisunterbietung“. In diesem Briefe wurde bei Androhung jeder Suspendierung vom Konsumverein verlangt, sich „strittig“ an die von der Firma „vorgeschriebenen Preise“ zu halten und einen neuen Verpflichtungsschein zu unterschreiben, der u. a. eine Vertragsmindeststrafe von 100 Mk. für jeden Uebertretungsfall und für jede Schallplatte und jeden Sprechapparat vorseht. Der durch die Preisliste vorgeschriebene Zuschlag auf den Einkaufspreis, der den Verdienst des Kleinhändlers darstellt, beträgt bis zu 57,2 Proz. Selbstverständlich lehnte die Genossenschaft die Unterzeichnung des Reverses grundsätzlich ab und teilte der Firma mit, daß sie ihr nicht gestatten könne, dem Konsumverein Vorschriften über die Führung seiner Geschäfte zu machen; sie sei Vertreterin der Interessen organisierter Verbraucher und bestimme deshalb selbst, welche Abgabepreise sie für angemessen halte. Darauf erhielt der Verein wiederum einen Brief, den er nicht beantwortete, weil er es nicht verdingte. Die Firma erlaubte sich darin die Bemerkung, daß „das Schleudern von Markenartikeln grundsätzlich sittenwidrig“ sei, sie schloß den Konsumverein zugleich vom Bezug ihrer sämtlichen Sprechapparate und Schallplattenmarken aus, indem sie ihre Zwischenhändler verpflichtete, die Konsumgenossenschaft nicht weiter mit ihren Fabrikaten zu beliefern. Schließlich machte die Firma noch darauf aufmerksam, daß die Genossenschaft trotz der Sperre ihre sämtlichen Fabrikate nicht unter den von der Firma vorgeschriebenen Preisen verkaufen dürfe. Zu diesem eklatanten Fall einer Preisdiktatur sagt die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ dieses: „Die „juristische“ Abteilung der Carl Lindström A.-G. muß von der deutschen Gesetzgebung und Rechtsprechung eine unglaublich schlechte Meinung haben, wenn sie es für möglich hält, daß ein Gericht jemand deswegen verurteilen könnte, weil er sich weigert die Preise zu nehmen, die ihm selbst sittenwidrig und wucherisch erscheinen. Aber solche Auffassungen zeigen, daß allerdings in der Gesetzgebung Lücken bestehen; es fehlt eine Bestimmung, die den ins Gefängnis schickt, der seine wirtschaftliche Machtstellung dazu mißbraucht, Mitmenschen zu Handlungen oder Unterlassungen zu nötigen, die diese für sittenwidrig halten. Wir erwarten von der Gesetzgebung, daß sie diesem warenauertenden Treiben des verpönten Fabrikanten- und Händlertums schleunigst im Interesse der Verbraucher durch scharfe Strafbestimmungen einen Riegel vorsetzt.“

## Stark gesteigener Kunstseidenverbrauch.

Ohne Berücksichtigung der am Jahreschluss vorhandenen Bestände sind in der Zeit vom Oktober 1926 bis September 1927 in Deutschland 17,6 Millionen Kilogramm gegenüber 8,3 Millionen Kilogramm im Vorjahr verbraucht worden. Die deutsche Produktion beirug in dem gleichen Zeitraum 12 Millionen Kilogramm gegenüber 9 Millionen Kilogramm im Vorjahre. Die Einfuhr aus dem Auslande betrug 9,5 Millionen Kilogramm gegenüber 3 Millionen Kilogramm im Vorjahr. Die Einfuhrsteigerung aus dem Auslande ist jedoch noch höher als die im Inlande gestiegene Produktion. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß die Kunstseide in erhöhtem Maße verarbeitet findet. Es gibt heute fast keine Sparte der Textilindustrie mehr, in welcher nicht größere Mengen Kunstseide verarbeitet würden.

## Subventionen und Schmiergelder an die übrige festländische Schwesterindustrie.

Es zeigen sich hier Auswirkungen der gigantischen internationalen Kartelle, die die Beobachtung der Öffentlichkeit verdienen. Wenn eine wirtschaftswichtige Industrie Millionen an Subventionen an ausländische Unternehmer zahlt, damit sie im Inlande selbst Preise diktieren könne, ist die öffentliche Kontrolle ohne weiteres geboten.

Die Forderung nach der Eisenpreiserhöhung wird von den Unternehmern mit der teilweise Einführung des Achtstundentages begründet. Schon die Begründung an und für sich erscheint sehr merkwürdig. Die Verkürzung der Arbeitszeit erfolgte im Anfang dieses Monats. Selbstverständlich muß der ganze Betrieb auf diese Veränderung eingestellt werden. Das erfordert eine Reorganisation der Anlagen. Diese ist bis heute noch nicht vollzogen. Wie kommt man dazu, heute schon, also vor der Reorganisation, zu behaupten, die Einführung des Achtstundentages mache eine Erhöhung des Eisenpreises notwendig?

Es handelt sich um eine der leichtsinnigsten Argumentationen, an die wir ja bei unserem Unternehmertum bereits gewöhnt sind.

Die Art und Weise, wie man hier aber mit der Wahrheit umspringt, ist typisch für den Kampf, den man gegen die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft führt.

Dann etwas anderes: Unterstellen wir einmal als wahr, daß die teilweise Einführung des Achtstundentages die Entstehungskosten unerträglich belastet. Dann wäre notwendig, die Leistungsfähigkeit der Betriebe zu steigern, um den Ausfall auszugleichen. Nur ein solches Vorgehen ist richtig und hat im Laufe der Wirtschaftsgeschichte immer wieder seine Richtigkeit erwiesen. Die deutschen Eisenindustriellen wollen aber einen anderen Weg gehen, indem sie einer eventuellen Verminderung der Rente durch eine Erhöhung der Preise begenommen wollen. Das ist kein Weg, den man gehen kann.

Wenn man jede Lohnhöhung durch Preiserhöhung — mir nichts die nichts — ausgleichen könnte, dann wäre die Frage einer Lohnsteigerung überhaupt kein Problem

in unserer Wirtschaft. Die Dinge liegen doch so, daß durch eine Preissteigerung der Verbrauch verringert und der Beschäftigungsgrad reduziert wird, wodurch die Löhne steigen und die Herstellungskosten sich pro Einheit der Ware erhöhen. Was also auf der einen Seite durch Erhöhung der Preise herinkommt, geht auf der anderen Seite durch Verminderung des Beschäftigungsgrades und durch Erhöhung der Herstellungskosten verloren. Dabei muß berücksichtigt werden, daß unter Einfluß einer glänzenden Konjunktur die Gewinne der Unternehmer bedeutend gestiegen sind. Man muß aber nach Preiserhöhungen ohne Rücksicht darauf, daß man ohne Zweifel durch die Preissteigerung die Konjunktur

Am Laufe des letzten Jahres ist auf den verschiedenen industriellen Tagungen immer wieder darauf hingewiesen worden, daß der Industrielle von ehemals, der kein volkswirtschaftliches Verständnis

hatte und nur seinen kleinen Betrieb überschaute, der Vergangenheit angehört. Diese Behauptung scheint zum mindesten für die führende Schicht des deutschen Unternehmertums, die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, nicht zuzutreffen. Wir glauben aber, nicht zu weit zu gehen, wenn wir hier feststellen, daß es bei den anderen Unternehmern nicht anders aussieht.

Droht so unserer Konjunkturentwicklung eine Gefahr durch die Preissteigerung, so erscheint diese Gefahr doppelt hinsichtlich der Wirtschaft in der deutschen Landwirtschaft gegeben zu sein, von deren Kaufkraft gerade die Bedarfsindustrien, u. a. die Textil- und Lebensmittelindustrie, abhängen. Es gab mal eine Zeit, wo man dem deutschen Landwirt, vor allem dem Großagraren, Kredite in Hülle und Fülle gab. Man konnte ihn nicht schnell genug verschulden.

Heute werden die Schulden der deutschen Landwirtschaft auf 12,5 Milliarden Mark geschätzt.

Der deutsche Landwirt ist überschuldet. Im Freistaat Preußen gab es im ersten Halbjahr 1927 mehr Zwangsvollstreckungen als in derselben Zeit des Jahres 1913. Ohne Zweifel muß hier eine Umschuldung vollzogen werden, damit die deutsche Landwirtschaft produktivstechnisch gefördert wird und konkurrenzfähig bleibt. Zu erreichen ist das nur durch eine großzügige Umstellung, wie man sie in der deutschen Industrie vorgenommen hat. Nur die Erreichung einer größeren Leistungsfähigkeit kann dem deutschen Landwirt helfen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die Umschuldungsbedürfnisse, die unbedingt notwendig erscheinen, nur an solche Betriebe herangetragen werden, wo die Umstellung möglich ist. Betriebe, denen nicht mehr zu helfen ist, kommen für die neuen Aktionen nicht mehr in Frage. Damit wird endlich mal Schluss gemacht mit dem System landwirtschaftlicher Subventionen, das ohne Zweifel unsere Landwirtschaft korumpiert hat.

Wie aber schließlich die Grundzüge für eine neue Handelsaktion durchgeführt werden, hängt von den jeweiligen Regierungen ab. Behalten die Deutschnationalen das Regierungsruder im Reiche in Händen, so werden sie auch die neuen Milliarden wieder dazu verwenden, um die bankrotten Großagraren über Wasser zu halten.

anstatt den leistungsfähigen Bauer in Deutschland zu sanieren. Deshalb ist es doppelt bedenklich, wenn der preußische Landwirtschaftsminister, also der Minister einer demokratischen Regierungsbildung, sich vor einigen Tagen für Schutz und Beibehaltung von Einfuhrscheiden eingesetzt hat. Mit diesen Mitteln hat man die deutsche Landwirtschaft davon abgehalten, sich beizeiten auf die veränderte Marktlage umzustellen. Sie belasten die Lebenshaltung des Volkes, unsere ganze industrielle Produktion, und sind nichts anderes als Liebesgaben für die Großgrundbesitzer. Hier muß unserer Ansicht nach erst mal freie Bahn geschaffen werden, wenn die Sanierung der deutschen Landwirtschaft gelingen soll.

Wie sich die Einfuhrscheine in Wirklichkeit ausgewirkt haben, geht aus der Lage der schlesischen Mühlen hervor. Mit Hilfe des Einfuhrscheins haben die schlesischen Landwirte den brauchbaren Teil der deutschen Ernte nach dem Auslande verkauft, mit dem Erfolg, daß in Schlesien größte Materialknappheit herrscht. Die Preise für brauchbares Getreide sind hoch angestiegen, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit der Mühlen in Schlesien gegenüber denjenigen im Reiche vermindert wird. Die Folge davon ist Arbeitslosigkeit.

Im Grande zahlen wir also Agrarierliebesgaben, Exportprämien für Getreide, damit bei uns die Arbeitslosigkeit zunimmt.

und wir Arbeitslosenunterstützung zahlen müssen.

Zu ähnlichen Erfolgen scheint auch die Kartellpolitik in anderen Industrien zu führen. Die Hannoverische Maschinenbau A.-G., kurz Hanomag genannt, ist ein modern ausgestattetes Werk. Es hat aber im letzten Geschäftsjahr nicht befriedigend abgeschnitten und sieht sich veranlagt, die Produktion einzuschränken und einen wesentlichen Teil der Belegschaft zu entlassen. Forscht man den Gründen für den unvorteilhaften Geschäftsgang nach, so erfährt man, daß die Hanomag

# Die deutschen Löhne sind zu niedrig!

Sagt der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser.

Gerade in diesen Tagen, wo die Waren- und Kaufhäuser mit allen Mitteln der Reklame Käufer in ihre „Inventurausverkäufe“ und „Weißen Wochen“ zu locken suchen, finden wir in der „Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser“, dem offiziellen Organ des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser (Nr. 52 vom 25. Dezember 1927) eine Abhandlung über die unzulänglichen deutschen Löhne und ihren Einfluß auf den Umsatz.

Der ungenannt bleibende Verfasser führt in dem „Einzelhandel und Reallohn“ überschriebenen Aufsatz einleitend aus, daß er von einer Amerikareise zurückgekehrt, aus den Schaufensterablagen, aus der Bekleidung der Bevölkerung und aus der ganzen Stimmung heraus weitgehende Schlussfolgerungen auf die wirtschaftliche Lage unseres Landes ziehen konnte. Diese nicht gerade neue Feststellung, daß es in Deutschland an einer ausreichenden Kaufkraft der Massen fehlt, daß jeder, der auf seiner Hände Arbeit angewiesen ist, sich Entbehrungen auferlegen muß, wollen sonst unsere Unternehmerverbände meist nicht anerkennen. Der Verfasser des Aufsatzes in der „Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser“ geht aber noch weiter. Er führt eine Tabelle an, die nach den Angaben des Internationalen Arbeitsamtes die Reallohne in verschiedenen Ländern darstellt, kritisiert nicht daran herum, wie es sonst bei Unternehmerverbänden üblich, findet vielmehr darin seine Feststellungen bestätigt.

Tabelle der Reallohne in verschiedenen Hauptstädten im August 1927 nach den Angaben des Internationalen Arbeitsamtes. 1913 = 100.

Philadelphia (Vereinigte Staaten)	183
Dublin (Irland)	116
Kopenhagen (Dänemark)	113
Amsterdam (Holland)	89
Stockholm (Schweden)	87
Berlin	62
Paris (Frankreich)	56
Riga (Lettland)	53
Prag (Tschoslowakei)	52
Brüssel (Belgien)	47
Wien (Österreich)	46
Rom (Italien)	45
Warschau (Polen)	39

„Aus der Tabelle sieht man,“ schreibt der Verfasser, „daß, obzwar der Reallohn in Deutschland weit unter dem Vorkriegsstand liegt, er doch den meisten europäischen Großstädte übersteigt. Die Feststellung in einem Arbeitgeberorgan, daß der Reallohn in Deutschland weit unter dem Vorkriegsdurchschnitt liegt, wollen wir uns merken, werden doch sonst von den Unternehmern und ihren Helfern immer wieder nur die Kennwerte der heutigen Löhne mit der Vorkriegszeit verglichen und alle Folgerungen, die sich aus dem gestunkenen Geldwert, aus der Steigerung der Warenpreise ergeben, abgelehnt. Der einschränkende Nachsatz, der besagt, daß in Frankreich, Belgien, Italien, Tschoslowakei, Desterreich, Polen usw., in Ländern also mit noch nicht überwundener Inflation, mit unzulänglicher Stabilisierung, zum Teil auch mit weniger qualifizierter Arbeiterkraft, noch niedrigere Reallohne zu verzeichnen sind als in Deutschland, ist auch nach dem deutlich erkennbaren Willen des Verfassers nicht dahin auszuliegen, daß eine solche

weitere Senkung der Reallohne für Deutschland etwa erwünscht sei. Sagt er doch selbst, „daß der außerordentlich hohe Stand der Reallohne in den Vereinigten Staaten keine Zufallserscheinung ist, sondern bewußt gestaltet ist durch die Typisierung und Rationalisierung der amerikanischen Wirtschaft mit dem unverrückbaren Ziel, eine Preisenkung der Konsumartikel herbeizuführen. Die systematische Verfolgung dieses Zieles erlaube es, trotz ermäßigter Preise erhöhte Löhne zu zahlen und somit in doppelter Beziehung eine Steigerung der Reallohne zu bewirken.“

Das sind Feststellungen, die die Gewerkschaften nicht erst seit heute und gestern gemacht, sondern bereits vor Jahren in Denkschriften niedergelegt und seitdem unermüdlich gepredigt haben mit dem Erfolg — ich zitiere hier wieder die „Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser“ — „daß zwar die Erhöhungen des allgemeinen Preisdurchschnitts bei uns Erhöhung des Nominallohnes durch Zulagen herbeigeführt haben, andererseits aber der Reallohn keine Steigerung erfahren konnte“. Der Aufsatz in der genannten Zeitschrift stellt dann weiter fest, daß insgedessen die deutsche Industrie in der unangenehmen Lage sei, in vielen Fällen dem Auslande niedrigere Preise einräumen zu müssen als dem deutschen Markt — was sonst von Unternehmerseite auch bestritten wird — und bezeichnet diesen Zustand als vom innen- und außenpolitischen Standpunkt aus gesehen als unerträglich. Trotdem in Deutschland in den letzten Jahren der Rationalisierungsprozeß weitgehende Fortschritte gemacht habe, haben im Gegenatz zur allgemeinen Weltmarktlage die inneren deutschen Preise keine Senkung, sondern im Gegenteil eine Aufwärtsbewegung erfahren, als deren Folge neue Lohnforderungen und Lohnkämpfe unvermeidlich sein werden.

Das ist wortwörtlich auch der Standpunkt der Gewerkschaften und es ist gleichgültig, aus welchen Motiven der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser sich diese Gedankengänge zu eigen macht. Der Einzelhandel habe infolge seiner engen Fühlung mit den Konsumenten seit langem erkannt, daß er durch erhöhte Preise seine Wirtschaftslage nicht bessern kann, habe aber infolge seiner Zersplitterung nicht die Macht, sich den Preiserhöhungen der Lieferanten entgegenzustellen. Dazu seien nur die Warenhäuser und Einkaufsorganisationen in der Lage, die durch Zusammenlegung großer Aufträge und rechtzeitige Bestellungen von großen Warenposten diesen Gedanken zur praktischen Durchführung verhelfen sollten.

Hier sei eingeschaltet, daß in einem weiteren Aufsatz desselben Festes der erwähnten Zeitschrift von Dr. Curt Eshach, Hannover, dagegen Verwahrung eingelegt wird, daß der Reichswirtschaftsminister bei der jüngsten Tagung des Einzelhandels die Erklärung verlangt habe, daß der Einzelhandel die Gehaltsaufbesserung der Staatsbeamten auf keinen Fall dazu benutzen werde, die Preise heraufzuziehen. Der Einzelhandel denke gar nicht daran, irgendwelche Umstände, die eine Steigerung der Kaufkraft irgendwelcher Bevölkerungsteile verursachen, zum Anlaß zu nehmen, seine Preise zu erhöhen, weil der Einzelhandel überhaupt nicht in der Festsetzung seiner Preise souverän sei und weil er an einer Preiserhöhung auch kein Interesse habe. Wenn auch unsere Erfahrungen

## im Besitz des Lothringen-Konzerns ist und deren Rohmaterial zu überhöhten Preisen übernehmen muß.

Die Preise für jedes Material, das die moderne Hanomag verarbeitet, sind übersteigert, damit eine nicht gerade gesunde Kartellierung wie der Lothringen-Konzern bestehen kann. Die ungünstige Auswirkung überhöhter Rohmaterialpreise auf die Fertigwarenindustrie, wie sie bei der Hanomag in Erscheinung tritt, wird sich in großem Stil wiederholen, wenn es der Eisenindustrie gelingt, ihre Preisforderungen durchzusetzen.

Wo der Subventionismus in Blüte steht, ist aber auch die Korruption zu Haus. Das beweist

## der neueste Reparationsstandal.

Die Sache ist kurz folgende: Deutsche Firmen haben über Reparationskonto an französische Firmen Sachlieferungen ausgeführt und dafür zu hohe Rechnungen ausgestellt. Der Mehrgewinn, den die deutschen Firmen dadurch erzielten, wurde dann zwischen Franzosen und Deutschen geteilt. Mit Hilfe dieser deutsch-französischen Sonderverabredung hat man, wie es heißt, rund 150 Millionen Mark erbeutet. Das sind aber die Leute, die immer die Moral in Erbpacht haben. Der Fall aber beweist nur, daß Privatkapitalismus, Subventionismus und Korruption Dinge sind, die einmal zusammengehören.

## Das Verkaufsgenie.

Vor kurzem las ich in einer großen deutschen Zeitung eine Anzeige, die mich etwas nachdenklich machte. Hier ist sie:

### Verkaufsgenie

Kurz- u. Galanteriewaren-Branche  
Ich bekomme hier in Schönen  
Bücherei mit der eingeleiteten  
Bücherei mit der eingeleiteten  
J. Z. 14691.

Sie sind sicher einem Verkaufsgenie noch nicht begegnet. Nur als ich am Sonntag den Film „Der Dämon aus der Konfektion“ sah, wurde ich über seinen Besseren Herr, was solch ein Genie leisten kann. Dieser Herr ist ein Junge, der kaum in die Branche hineinkam, hat aber die erfolgreichsten Verkäufer in den Schanten. Er hat sie alle gesehen, die das Geschäft besuchen, die ältesten Verkäufer, die noch im Stoff, und machte er noch so sehr unheimlich, er hat sie alle den Verkäufern ausgetrieben hätte. Er hat sie alle gesehen, die das Geschäft besuchen, die ältesten Verkäufer, die noch im Stoff, und machte er noch so sehr unheimlich, er hat sie alle den Verkäufern ausgetrieben hätte. Er hat sie alle gesehen, die das Geschäft besuchen, die ältesten Verkäufer, die noch im Stoff, und machte er noch so sehr unheimlich, er hat sie alle den Verkäufern ausgetrieben hätte.

gewaltig den Koffer geschossen und zur Tür hinausgeführt hat, mit einem Strom von Kunden von neuem im Etablissement erscheinen ließ und seine Prozedur von vorn beginnen. Das Genie wird es so einzurichten wissen, daß bei der zweiten Vorführung seiner Novitäten auch die Kunden des Geschäfts mit zur Begutachtung herangezogen werden, sich allmählich dafür begeistern und endlich den Inhaber dazu bewegen, diese Neuheit einzuführen. Dieser wird nicht umhin können, einen größeren Lieferungsabschluß zu tätigen, auch wenn er weiß, daß er damit nur eine neue Ladung von Baden-Büchern ins Geschäft setzt.

Ich wünsche es sehr, daß mein alter Onkel Knurrhahn einmal solch einem Verkaufsgenie in die Hände fällt. Dieser alte Bursche trägt noch Kleidungsstücke auf, die er erstehen hat, als er noch jung war, und ebenso gibt er sich noch mit Gebrauchsgegenständen ab, die aus derselben Zeit stammen. Aber ab und zu muß er sich doch einmal in ein Warenhaus begeben, um seine Bestände aufzuräumen. Dann gibt es jedesmal ein großes Hallo, selbst wenn es sich nur um den Kauf eines Federmessers oder eines neuen Watermörders handelt.

Bis jetzt ist es immer noch mein Onkel gewesen, der den Verkäufern seine Wünsche diktiert hat und sich durch nichts davon abbringen ließ, etwas zu erstehen, über das er sich vorher noch keine Gedanken gemacht hat. Die moderne Verkaufspsychologie geht ja davon aus, dem Käufer durch möglichst günstiges Zurückschauen der Waren den unbezwinglichen Wunsch im Innern emporsteigen zu lassen, möglichst viel zu kaufen. Umfasssteigerung, das ist die Lösung, die alle diejenigen, die etwas feilzubieten haben, beherrscht! Um meinen Onkel Knurrhahn zu einem Kauf, den er nicht vorzuziehen hat, zu bewegen, müßte wie gesagt, der Verkäufer ein regelrechtes Genie sein. Dann würde er beim Besuch eines Warenhauses an allen Verkaufsläden hängen bleiben. Man würde ihm klar machen, daß seine Krawatte schon längst nicht mehr zeitgemäß sei; der Hut, der noch aus der Vorkriegszeit stammt, müßte schleunigst durch einen neuen ersetzt werden. Und wenn mein Onkel sich diesen Gründen nicht verschließen und diesbezügliche Neuverpflichtungen gemacht hätte, würde ihn zu guter Letzt beim Durchschreiten der Kon-

fektionsabteilung ein genialer Verkäufer auf Grund überzeugend dargelegter Gründe veranlassen, noch schnell einen neuen Gesellschaftsanzug zu kaufen, da der seine, wie man sehen könnte, nicht mehr ganz gentlemanlike sei.

Jamahl, daß das einmal mit meinem Onkel geschieht, wünsche ich ihm. Er ist eben zu konservativ und hat gegen die heutige Zeit, die uns doch ganz neue und angenehme Bedürfnisse gebracht hat, ein unüberwindliches Mißtrauen. Da wäre ihm ein Dutzend sehr nötig.

Allerdings, wo Licht ist, da ist auch Schatten. Hätten wir in jedem Geschäft nur Verkaufsgenie, die auf Grund ihrer außerordentlichen Fähigkeiten jedem, ob er es wünscht oder nicht, etwas anhängen würden, so kämen wir bald in eine sehr üble Lage. Es geht die Sage, daß, wenn Frauen eintausen gehen, sie sowieso schon genug unnützen Tand mit nach Hause schleppen. Um wieviel schlimmer würde das werden, wenn sie überall gewiegten Verkäufern in die Hände fielen! Es ist gar nicht auszudenken, was ich tun würde, wenn ich eine Frau hätte, die von jedem Einkauf wie ein Möbelwagen verpackt nach Hause kommen und dort alles in einem zweiten Laden verpackt würde. Das wäre ja schrecklich. Es wird wohl das beste sein, daß die Verkaufsgenie einwirken noch auf andere Art und Weise beschäftigt werden. Wir wollen uns vor unnützen Ausgaben hüten; und deshalb soll man uns nicht drängen, etwas zu kaufen, was wir nicht mögen.

## Der Strenzwagen.

Von Werner Bergengruen

Es regnet grau und hoffnungslos. Um noch einen Faden zu behalten, hast du dich in ein kleine Kaffeehaus. Da sitzt du nun am Fenster und starrst auf die dämmerige Straße, auf deren Asphalt die Regenströmen aufschlagen, wie auf ein schneidende. Der Regen wird immer heftiger. Selbst die Regenbewehrten haben schützende Hauseingänge aufgesucht. Die Straße ist verödet.





Verwaltungsratsposten bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, auf den er unberechtigtweise gesetzt worden ist und den Preußen für sich beansprucht, abzugeben. Es scheint, als ob der neue Bund nur dazu dienen soll, unter einem neuen Namen die Gleichheit der Reaktion zu fördern und darüber hinaus Herrn Dr. Luther die Wiederkehr in das Reichslanzleramt zu ermöglichen.

Die Erwerbstätigkeit in Deutschland hat wieder einen außerordentlich hohen Stand erreicht. Von Mitte November bis Mitte Dezember 1927 ist die Zahl der Arbeitssuchenden bei den Arbeitsnachweisen von 986 000 auf 1 391 000 oder um 55 Proz. gestiegen. Amtlich wird diese starke Zunahme der Erwerbslosen, zu denen man auch noch diejenigen Arbeitssuchenden rechnen muß, die offiziell nicht registriert werden, mit der Einstellung aller Außenarbeiten erklärt. Wenn das auch zutreffen mag, so gibt doch die Lage zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß. Um so unverantwortlicher ist es dabei, wenn in einzelnen Industrien, wie jetzt erst wieder im Bergbau, die Leistung von Überstunden und Mehrschichten verlangt wird, statt daß der Arbeitsmarkt durch die Einstellung von neuen Arbeitsträgern geregelt wird.

Zwischen den Regierungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist eine Ausprache über die Frage geführt worden, ob diese beiden Länder einen Pakt über die Verhütung von Kriegen abzuschließen sollen. Während Amerika diesen Vertrag auf alle Kriege ausdehnen will, möchte die französische Regierung auf die sogenannten Angriffskriege beschränken. Vorläufig erscheint es zweifelhaft, ob es zum Abschluß dieses Paktes kommt. Aber auch wenn das Fall sein sollte, so würde er einen praktischen Wert erst dann erhalten, wenn er nicht auf diese beiden Nationen beschränkt bleibt, sondern wenn alle Völker daran beteiligt werden. Außerdem, und das ist ausschlaggebend für die Beurteilung derartiger Bestrebungen, ist es viel wichtiger, nicht feierliche Erklärungen gegen den Krieg zu erteilen, sondern die Ursachen zu beseitigen, die zu den Kriegen führen. Dazu sind aber die Regierungen kapitalistischer Länder nicht imstande, weil das kapitalistische System selbst immer neue Kriegsursachen schafft. Man dürfte denn auch nicht fehlgehen in der Annahme, daß es Frankreich weniger an den politischen Inhalt eines solchen Abkommens ankommt, als vielmehr auf die Herstellung eines guten Verhältnisses zu dem jetzt kapitalistischsten Lande der Welt. Die Vereinigten Staaten sind die Hauptgläubiger der Entente, insbesondere Frankreich ist außerordentlich stark an Amerika verschuldet. Vielleicht glaubt die französische Regierung auf dem Umweg über diesen Pakt zu einer besseren Regelung der Schuldenfrage zu kommen, als sie bisher von den Vereinigten Staaten zugestanden worden ist.

### Aus der Textilindustrie des Auslandes.

#### Englische Wollarbeiter.

In England gehen große Lohnbewegungen vor, wo die Woll- und Kamgarntunternehmer ihre Absicht bekanntgegeben haben, die gegenwärtigen Lohnabkommen zu lösen. Die Unternehmer geben als hauptsächlichsten Grund für ihre Absicht an, daß sie so unmöglich, besonders mit Deutschland, konkurrieren können.

Meinem Ratsschlag folgend, haben nun Vertreter, die mit den Wolltextilindustriemerkmalen in Verbindung stehen, Berlin besucht, um sich selbst von der gegenwärtigen Lage der deutschen Wolltextilindustrie zu überzeugen. Sie wurden natürlich mit größter Herzlichkeit empfangen und sämtliche Informationen wurden ihnen soweit wie möglich zur Verfügung gestellt. Es wird natürlich der Beweis erbracht, daß einige Angaben der englischen Unternehmer nicht zutreffen.

Die Wollarbeitergewerkschaft hat auf die Angaben der Unternehmer eine ausführliche wohl begründete Antwort gegeben, die ich, wie folgt, zusammenfassen möchte: Die Arbeiterorganisation bestreitet die Angabe der Unternehmer, daß sich die Lohnkosten um 130 Proz. erhöht hätten, und behauptet, daß, so schlecht die Lage der Industrie auch sein mag, sie doch nicht so schlecht ist, wie sie die Unternehmer hinstellen. Es wird eine Analyse gegeben, in der die Arbeiter beweisen, daß die Durchschnittslöhne, die während des schlechten Handels in den Jahren 1925 und 1927 verloren gingen, sich wie folgt darstellen: Indexziffer für 1925: 363, für 1927: 253. (Diese Zahlen gelten für die Wollabteilung.) Für die Kamgarntabteilung werden folgende Indexziffern angegeben: 1925 ist der Zeitverdienst 436, während die entsprechende Indexziffer für 1927: 276 sein würde. Folgender Auschnitt sei ungekürzt wiedergegeben:

„Die Arbeitslosigkeit ist seit Dezember 1926 zurückgegangen, die Durchschnittslöhne sind erhöht worden, und man kann ruhig annehmen, daß die Arbeitslosigkeit noch mehr zurückgehen wird. Es wäre völlig irreführend, die Depression zu beurteilen, die durch unbeschäftigte Maschinen hervorgerufen wurde. Es ist bekannt, daß in der Wollindustrie, wie auch in anderen Industrien (z. B. Eisen, Stahl, Schiffbau usw.) die Betriebsleistungsfähigkeit während des Krieges erhöht wurde, um den besonderen Bedürfnissen nachzukommen, die die normale Nachfrage weit überstiegen. Andere Geschäfte müßten tiefen den drastischen Betrag der „Deflation“ herab, dem sich die Wolltextilindustrie anschließen mußte. Ein gewisser Teil der Maschinen kann unter diesen Umständen mehr voll in Gebrauch genommen werden, was hier und überall anerkannt werden muß.“

Der Bericht der Arbeiter enthält sehr viel Statistiken und Zusätze aus dem Munde der Unternehmer, um zu beweisen, daß die Angaben der Unternehmerorganisationen zu keiner Lohnermäßigung berechtigen.

Ich gebe nachstehend einen ungekürzten Auschnitt, der die Ansicht der Arbeiter ausdrückt:

„Die Gewerkschaften glauben nicht daran, daß unsere europäischen Konkurrenten uns so schnell und sicher von den Weltmärkten vertreiben, und wir haben Beweise, die diese Angaben ganz klar widerlegen. Wir stimmen auch nicht überein, daß die Löhne auf dem Kontinent nur wenig mehr als die Hälfte der diesigen Löhne betragen.“

Vor dem Untersuchungsgericht (Court of Investigation) haben wir bewiesen, daß die Unternehmer Unrecht haben zu behaupten, daß die ausländischen Lohnkosten niedriger wären als die unsrigen, und wir haben gezeigt, wie irreführend es ist, die Gehältern der Löhne zu vergleichen, und das Gericht hat unsere Ansicht akzeptiert.“

Ich möchte diesen Bericht mit einem ungekürzten Auschnitt des sehr knappen Berichtes, der von der Arbeiterorganisation, die in Deutschland war, bei ihrer Rückkehr herausgegeben wurde, schließen:

#### Delegation nach Deutschland.

Die Begründungen der Unternehmer beziehen sich besonders auf die erfolgreiche Konkurrenz des Kontinents, die sie besonders den niedrigeren Löhnen zuschreiben, und sie betonen ganz besonders die Tatsache, daß die deutschen Löhne ungefähr 45 Proz. unserer eigenen betragen und daß wöchentlich 48 bis 54 Stunden gearbeitet werden darf, ohne daß die Überstunden bezahlt werden.

Die Gewerkschaften waren der Meinung, daß es sinnlos sein würde, diese Angaben auf Grund der in ihrem Besitz befindlichen Informationen zu bestreiten und sahen es als ihre Pflicht an, sich authentische Daten darüber zu beschaffen. Sie wählten daher eine Delegation, die Deutschland besuchen sollte. Diese hatte eine Unterredung mit Dr. Stigler, dem ständigen Sekretär des deutschen Arbeitsministeriums, und anderen Vertretern und zog ausgiebige Erkundigungen aus vielen Quellen ein, wie zum Beispiel vom Zentralgewerkschaftsbureau in Berlin, vom Bezirksbureau in Aachen, vom Handelssekretär der britischen Gesandtschaft in Berlin und vom britischen Konsul in Aachen. Sie besichtigten auch Betriebe und sprachen mit Ortskomitees und Arbeitern.

### Kollege Christian Schrader 60 Jahre.

Unser Ausschuhvorsitzender, der Kollege Christian Schrader, konnte am 11. Januar seinen sechzigsten Geburtstag feiern. Der Kollege Schrader gehört zu den Gründern des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Vorher gehörte er bereits dem Manufakturarbeiterverbund an. Von Hause aus Weber, hat er immer in den vordersten Reihen der Textilarbeiterbewegung gekämpft. Wir wünschen unserem alten Freund noch nachträglich alles Gute.

Zu unserer Befriedigung geben die Berichte der Delegation genügend Daten, um die Angaben der Unternehmer zu widerlegen, und falls die Unternehmer Einsicht in unsere Berichte wünschen, sind sie sehr geehrt, sie einem Komitee, das aus Arbeitern und Unternehmern besteht und vom Industrierrat gewählt wird, vorzulegen.“

Ich habe bereits bemerkt, daß diese Art Arbeit mit die wertvollste ist, die die Internationale leisten kann, und ich hoffe, daß wenn in einem anderen Lande ähnliche Angriffe darauf begründet werden, daß ein anderes besonders schlechte Bedingungen hätte, es nicht zögern wird, sich an die Internationale zu wenden, um die tatsächlichen Bedingungen herauszufinden. Es ist wahr, daß ein ungeheure Menge Informationen durch das Geschriebene und gedruckte Wort gegeben werden können, aber in Kostfällen kann man keine Fragen durch Briefe erledigen, noch Schwierigkeiten in einem Dokument festlegen. Fragen können nur erledigt und Schwierigkeiten verhandelt werden bei einem Zusammentreffen von solchen Leuten, die etwas von den Fragen verstehen und die imstande sind, die Schwierigkeiten zu verhandeln.

### Betriebskrankenkasse und Vertrauensarzt.

Die Gewerkschaften haben seit langem in Wort und Schrift die Betriebskrankenkassen bekämpft, weil die Unternehmer seit jeher bestrebt waren, durch die inneren Einrichtungen die Betriebskrankenkassen ihres sozialen Zweckes zu berauben. Die Gewerkschaften warnten deshalb die Arbeiterchaft wiederholt, den Lockungen der Unternehmer auf Errichtung von Betriebskrankenkassen zu folgen. Trotzdem sind wiederholt die Arbeiter darauf hereingefallen. So auch die Arbeiterchaft der Leipziger Baumwollspinnerei. Daß die Unternehmer mit der Errichtung der Betriebskrankenkassen nur den Zweck verfolgten, die sozialen Ausgaben wesentlich herabzudrücken, beweist folgender Fragebogen, den die Leipziger Baumwollspinnerei denjenigen Arbeitern, die beabsichtigen, bei ihr in Arbeit zu treten, zur Ausfüllung vorlegt:

#### Fragebogen.

Bei Einstellung in den Betrieb der Leipziger Baumwollspinnerei eigenhändig auszufüllen.

- |  |          |
|--|----------|
| Frage:   | Antwort: |
| 1. Vollständiger Name:   |          |
| 2. Geboren am: Wo:   |          |
| 3. Wohnort und Wohnung:  |          |
| 4. a) Beruf:   |          |
| b) Arbeiter die Frau:  |          |
| c) Ist die Frau selbst Krankenkassenmitglied? Welcher Klasse gehört sie an?  |          |
| 5. Arbeit: Was?  |          |
| 6. Sind Sie anerkannter Schwerbehinderter?   |          |
| 7. Wegen welchen Leidens: Bezeichnen Sie Neuen:  |          |
| 8. Wie oft waren Sie in den letzten 2 Jahren krank oder wieviel Wochen waren Sie in den letzten 2 Jahren wegen Krankheit arbeitsunfähig? |          |
| 9. Sind Sie wegen einer Krankheit ausgetrennt und welcher:   |          |
| 10. Sind Sie frei von Krampfadern?   |          |

10. Haben Sie ein chronisches Leiden: (Herz, Lungen, Hals- oder Brustleiden?)
11. Sind Sie schwanger? In welchem Monat?
12. Leiden Sie an Krämpfen oder epileptischen Anfällen?
13. Wo waren Sie zuletzt beschäftigt resp. welcher Krankenkasse gehören Sie an?
14. Bezeichnen Sie Erwerbslosenunterstützung:
15. Staatsangehörigkeit:

Falsche Angaben berechtigen den Arbeitgeber zu fristloser Entlassung.

Den Fragebogen einer besonderen Kritik zu unterziehen ist nicht notwendig; er spricht für sich selbst. Die Folge ist natürlich, daß Arbeiter und Arbeiterinnen, die durch Unterernährung, infolge der niedrigen Bezahlung in der Textilindustrie, nicht mehr so widerstandsfähig sind, den Betriebskrankenkassen überlassen bleiben, bei welchen dadurch die Leistungen wesentlich in die Höhe getrieben werden.

Daß die Betriebskrankenkasse der Leipziger Baumwollspinnerei ebenfalls den richtigen „Vertrauensarzt“ gefunden hat, beweist folgender Vorgang: Eine Arbeiterin der Leipziger Baumwollspinnerei wurde am 30. Dezember 1927 zum Vertrauensarzt der Betriebskrankenkasse, Dr. med. Max Goeß, Leipzig W. 32, Fröbelsstr. 5, geschickt, mit der Drohung, daß, wenn sie der Bestellung zum Vertrauensarzt nicht Folge leiste, Bestrafung bis zum dreifachen Betrag des täglichen Krankengeldes zu erwarten habe. Falls sie sich aber ungehend arbeitsfähig melde, brauche sie der Vorladung keine Folge zu leisten. Mit anderen Worten: Der Arbeiterin wurde Gelegenheit gegeben, sich der vertrauensärztlichen Untersuchung zu entziehen durch Wiederaufnahme der Arbeit. Die Arbeiterin tat dies nicht, sondern sie ging zu dem Vertrauensarzt Dr. med. Goeß. Dieser Vertrauensarzt stellt nun am 30. Dezember 1927 folgendes Attest aus:

Patientin klagt über Rücken- und Kreuzschmerzen. Sie ist gut genährt, hat kein Fieber, keinen Husten, feinerkel bronchitische Erscheinungen, hat nur sechs Wochen bei Ihnen gearbeitet, offenbar um „Kasse machen“ zu können; arbeitsfähig; Fichtennadelbäder unüblich. Wenn sie überhaupt etwas braucht, so genügt eine Einreibung! Ich rate Ihnen, die Patientin nicht weiter zu beschäftigen. Mir ist heute und schon sonst aufgefallen, wie viele Leute sich bei Ihnen krank melden, nachdem sie kaum angefangen haben zu arbeiten.

Etwas Unerhörteres als dieses Attest ist uns tatsächlich noch nicht unter die Augen gekommen. Das Attest ist vollkommen unsachlich, so daß es absolut wertlos ist. Dr. Goeß glaubt die Arbeiterin als Betrüglerin hinstellen zu müssen und im weiteren noch der Direktor der Leipziger Baumwollspinnerei zu empfehlen, diese Arbeiterin nicht weiter zu beschäftigen. So was nennt sich nun Vertrauensarzt. Im Sinne der Betriebskrankenkasse der Leipziger Baumwollspinnerei ist er zweifellos der richtige Mann. Die Betriebskrankenkasse der Leipziger Baumwollspinnerei und Dr. med. Goeß haben sich einander gesucht und gefunden. Der Herr Dr. med. Goeß empfindet es als auffällig, daß sich gerade bei der Leipziger Baumwollspinnerei so viele Leute krankmelden. Kennt denn der Herr Vertrauensarzt die Arbeits- und Lohnbedingungen der Arbeiter in der Leipziger Baumwollspinnerei? Es scheint dies nicht der Fall zu sein, obwohl dieselben die direkte Ursache sind. Aber was geht dies auch den Herrn Vertrauensarzt an. Seine Aufgabe ist, die Kranken der Leipziger Baumwollspinnerei „gesund“ zu machen.

Dieses Beispiel zeigt, wie gefährlich es für die Arbeiter und Arbeiterinnen ist, wenn sie den Lockungen der Unternehmer, Betriebskrankenkassen zu errichten, Folge leisten.

### Vierhundertjähriges Weberjubiläum in Glauchau.

Die Glauchauer Weberinnung kann in diesem Jahre auf ihr 400jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß wird die Textilfabrik Glauchau, um ihre Hauptindustrie zu ehren, vom 2. bis 4. Juni ein großes Weberfest veranstalten, das den Charakter eines Heimatfestes tragen soll. Das Fest soll dem Besucher zeigen, von welcher großen Bedeutung die Webindustrie für Glauchau und ganz Westsachsen ist. Dielem Zwecke wird eine Weberausstellung dienen, in der die Entwicklung der Webindustrie gezeigt werden soll. Auch ein großer historischer Festzug ist geplant. Die künstlerische Ausgestaltung des Festes wurde dem Professor an der Dresdener Kunstgewerbeschule, Herrn Frh. Erl er, übertragen. Das Fest soll einen Rahmen erhalten, der über das übliche Maß der Heimatfeste beträchtlich hinausgeht. Es ist zu erwarten, daß aus Anlaß des Festes auch viele in der Fremde und besonders im Auslande wohnende Glauchauer zu dem Feste ihre Heimatstadt besuchen.

### Berichtigung.

In der Beilage in Nr. 2 „Der Textilarbeiter“ auf Seite 12 hat sich in dem Artikel „Traurige Verhältnisse in der Heimweihnähererei“ ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Im letzten Absatz 1. Zeile heißt es: „Die Frau im Deutschen Heimarbeiterverband usw.“ Es muß natürlich heißen: „im Deutschen Textilarbeiterverband.“

### Briefkasten.

Burthardsdorf L. S. Bericht fehlen Tatsachenunterlagen. So ist er nicht druckreif. Gruß Dresdel.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 22. Januar 1928, ist der Beitrag für die 3. Woche fällig

- |  |  |
|--|--|
| <b>Adressenänderungen.</b>   | Albin Freitag, Mülsen, St. Jakob 243.  |
| Gau Hannover: (neu) Lübecke i. Westf. V: Friedrich Hagemeyer, Lomtr. 4. K: Frh. Raas, Osnabrücker Str. 53. | Gau Cieguth: Leobschütz ist zu streichen, gehört jetzt zu Neustadt.  |
| Gau Kassel: Röhrda, Post Datterode, V: Anna Schabaker, Röhrda, Steingasse 104.                             | Gau Berlin: Malchow (M d L b g.), V: Friedrich Bachmann, Malchow, Verbindungs- weg. — Fernsdorf. Der Vorsitzende ist zu streichen. |
| Gau Dresden: Zwidaun, Briefe an: Georg Graupe, Zwidaun, Neuhäuser Str. 31. V: Hermann Hahn, Promenade 16.  | Züllichau: K: Hermann  |

Verlag: Karl Schrader in Berlin, Remeler Str. 8 a. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Drekel in Berlin. — Druck: Norddeutscher Buchdruckerei und Verlagsanstalt Emil Singer & Co. in Berlin.

## Der tapferen Frau

Zum 9. Todestage von Rosa Luxemburg am 15. Januar.

„Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme.  
Ich habe euch erleuchtet in der Dunkelheit,  
Und als die Schlacht begann, socht ich voran in der  
ersten Reihe.“  
Heine.

Die Geschichte ist reich an großen revolutionären Frauen-  
kämpfern. Gesellschaftlich und sozial unterdrückt, hat das  
weibliche Geschlecht selten aus seiner Mitte einen großen  
politischen Führer dem Proletariat gegeben. Dafür ist das  
Schicksal der wenigen großen Kämpferinnen von hinreißendem  
Pathos.

### Voran, in der Vorhut des kämpfenden Proletariats, marschierte eine Frau,

heute noch alle Herzen der Jugend- und Streitgenossen  
zünden: Rosa Luxemburg. Sie war russisch-polnische Jüdin,  
geistig und kulturell höchst entwickelter Vertreter einer  
Nation, die nach einer mächtigen Kulturentfaltung im Altertum  
aufgeben mußte. In jahrhundertelangen Kämpfen,  
Verfolgungen und Enttötungen in Gethos wurde dieses  
Volk der Hasover gehegt und gequält. Und so konnte es all-  
mächtig Kräfte entwickeln und aufspeichern, die gerade bei Rosa  
Luxemburg sich so explosiv äußerten als Empörung gegen  
Unterdrückung des Geistes und Körpers und als un-  
erbittliche Wille zur Revolution gegen die Unterdrücker. So  
wurde ihr ganzes Leben eine revolutionäre Tat.

Dazu kamen noch günstige Umstände ihres Geburtslandes,  
Polen. Hier blühte zu ihrer Zeit die politische  
Aktivität. Die herrschende Kapitalistenklasse gab den Kampf  
die Unabhängigkeit von Rußland auf und huldigte dem  
Nationalismus. Wo der beste Absatz für unsere Waren (Spiritus  
Stoffe) da ist unser Vaterland. Die Feudalherren trieben  
so stärker die nationale Befreiung Polens. Gegen den  
bürgerlichen Liberalismus stand die bürgerliche intellektuelle  
Opposition. Sie suchte Ideen, die weder  
konkret noch träge waren, und fand sie im Sozialismus,  
sowohl von Osten als anarchische Strömung gegen den  
Nationalismus, als von Westen als klassischer Sozialismus in den  
Lehren von Marx, Engels und vor allem Lassalle seinen  
Weg suchte. So fand Rosa in ihrer Jugend bereits ihre  
Richtung, und zugleich erkennen wir das, was in ihrem  
Leben zum politischen und persönlichen Konflikt wurde. Und  
noch siegte in ihr die intellektuelle Einstellung zum  
Sozialismus. Sie suchte darum Deutschland auf, als das  
Land des sozialistisch organisierten und geschulten Proletariats.  
Ein Pfarrer half ihr über die Grenze.

Sie studierte in Zürich Nationalökonomie und erwarb sich  
eine Scheinehe die deutsche Staatsangehörigkeit. Nach  
weiter wissenschaftlicher und literarischer Schulung erlangte sie  
mittelbaren Einfluß in der deutschen sozialistischen Be-  
wegung durch theoretische Arbeiten und durch ihre praktische  
historische Tätigkeit innerhalb der Arbeitermassen. Wir  
sehen heute noch nicht, auf welchem dieser beiden Gebiete sie  
stärksten wirkte.

### Tatsache ist, daß sie die Massen überall und immer begeisterte.

Ihre Schriften sind zahlreich. Bereits 1896 beginnt sie ihre  
Tätigkeit in der „Neuen Zeit“, die damals von Kautsky  
geleitet wurde. Die ersten behandelten kritisch Auffassungen  
über den polnischen Sozialismus. Sehr bald trat  
sie in den Meinungskampf der sozialistischen Richtungen in  
Deutschland ein. Es handelte sich um die Frage „Radikalis-  
mus oder Reformismus“. Dieser Kampf wurde von ihr  
überhaupt temperamentvoll geführt mit der ganzen revolu-  
tionären Glut und Hingabe und einer politischen Leidenschaft.  
Sie immer stand der klare, geschulte Geist dahinter und  
wissenschaftliche Verantwortung. Davon zeugt ihre Schrift  
„Sozialreform oder Revolution“ gegen Ed. Bernstein  
„Probleme des Sozialismus“. Sie kämpfte vor allem gegen  
den Anarchismus, die behauptet, der Kapitalismus müsse allmählich  
von Charakter notgedrungen ändern, so daß ein langsames  
Ubergang zum Sozialismus ohne große revolutionäre Aus-  
sicherungen möglich sei. Was hier als zwangsläufige  
Entwicklung des Kapitalismus verstanden wird, stellt sie als  
Annäherung der Sozialisten an die kapitalistische Wissen-  
schaft dar, mit deren Vertretern: Sombart, Roscher, Schmoller,  
sie in der ironischsten und schlagfertigsten Art auseinander-  
setzte. Sie vertrat diese ihre Meinung, zu der sich übrigens  
auch die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten  
schloß, auch dann, als praktische Folgerungen daraus  
zogen.

### Rosa Luxemburg war unbedingte Kriegsgegnerin.

war nicht nur den Worten nach internationaler Sozialist.  
würden aber einen großen Trugschluß begeben, wenn  
sie theoretisch auf dem Boden des russischen Bolschewis-  
mus suchten. Schon 1898 schreibt sie: „Eine so gewalt-  
tätige Umwälzung, wie die Ueberführung der Gesellschaft aus  
kapitalistischen in die sozialistische Ordnung, ist ganz  
unmöglich auf einen Schlag, durch einen siegreichen Streich  
des Proletariats. Die sozialistische Umwälzung setzt einen  
langen und hartnäckigen Kampf voraus, wobei das Proletariat  
im Ansehen nach mehr als einmal zurückgeworfen wird.“  
wenn sie in Begeisterung ausbricht schon bei den  
russischen Revolutionen 1905 und 1917, als sie gefangen saß,  
war dies vor allem, weil sie ein Volk sah, daß auch  
Umwälzung nicht fürchtete im Hinblick auf den endgültigen  
Sieg, zu dem nach ihrer Ueberzeugung das Proletariat durch  
revolutionäre Taten erst heranzuführen kann. Zugleich mit  
dieser begeisterten Anerkennung setzt ihre Kritik mit der Schrift  
„russische Revolution“ (geschrieben im Gefängnis 1918)  
ein. Hier setzt sie klar auseinander, wie die Landvertei-  
lung die Kleinbauern andere staatskapitalistische Maßnahmen  
der Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands nach sich ziehen  
würde.

### Sie bekämpfte mit aller Entschiedenheit den Terror.

In dem Programm des Spartakusbundes schreibt sie: „Die  
proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors,  
sie haßt und verabscheut den Massenmord.“

Sie, die stets für eine offene und freie Kampfesweise ein-  
trat, für die ungebundene Meinungsäußerung jeder Opposi-  
tion, würde sich heute mit scharfen Worten von der Methode  
der russischen Sowjets abwenden, die mit den Maßnahmen  
des Terrorismus, Entfesselung und Verbannung, die sozialistische  
Opposition zum Schweigen bringt.

Mehr als vier Jahre Gefängnis hatten bei Rosa Luxemburg  
Kraft und revolutionären Haß zur unaufhaltbaren Glut auf-  
gestapelt. Nach ihrer Befreiung sah sie deshalb nicht ein  
durch den Krieg, seine Folgen und seine Ergebnisse ent-



Rosa Luxemburg

müdigtes Proletariat. Sie, die nie ermüdete, hielt auch die  
Massen jederzeit für bereit, ihre historische Mission zu erfüllen.  
Es war die größte Enttäuschung ihres Lebens, daß sich nur  
eine kleine Minderheit zusammenscharte, die bereit war, die  
politische Revolution zur sozialen Revolution weiterzutreiben.  
Die Führer der Sozialdemokratischen Partei trafen mit der  
Parole: „Friede und Brot“ besser den Instinkt der Ver-  
hungerten, als die feurigen Aufrufe des Spartakusbundes.

Seiten trat bei einem Menschen der Gegenfall zwischen dem  
äußeren Eindruck und dem inneren Menschen stärker in Er-  
scheinung als bei ihr. Die politisch fanatische Rednerin, die  
in Versammlungen, auf Parteitagungen mit Ironie und Spott  
nicht geizte, war in ihrem Heim eine feinsinnige, künstlerisch  
tief interessierte Frau. Schöner als alle Briefe, die je von  
berühmten Leuten geschrieben wurden, geben ihre Briefe  
Einsicht in die Seele einer geschlossenen und herzerstirnten  
Persönlichkeit. Die Briefe an Sonja Liebknecht aus dem  
Gefängnis sind durchgittert von den letzten Feinheiten ihrer  
Kunstlernatur, von der Sehnsucht dieser Einsamen nach höch-  
stem Glück in stiller, inniger Vereinigung mit der Natur. Sie  
selbst sitzt im Gefängnis und findet nur Worte der Auf-  
munterung und Liebe für die Empfängerin, als wolle sie ihr  
all die Liebe zuflüstern, die ihr durch die Gefangenschaft  
Liebknechts verloren ist. So ganz, als wolle eine zarte Hand  
einem geängstigten Vogel über die lahmen Flügel streichen  
und sprechen: „Warte nur eine Weile, dann kommt der  
Frühling, deine Schwünge werden wieder mutig und stark.“  
Sie sieht im Gefängnis einen blutigege schlagenen Büffel,  
weint um ihn und sagt: „Mein armer geliebter Bruder, wir  
stehen beide so ohnmächtig und stumpf und sind nur eins im  
Schmerz, in Ohnmacht und Sehnsucht.“ Und doch, durch jede  
Zeile klingt ein Leidenswille, eine Beherrschung, die nur in  
einer fast übermenschlichen Stärke proletarischer Begeisterung  
Nahrung findet.

### Man kettete ihren Leib in graues Elend, verdamnte sie zur Untätigkeit.

Aber der Geist feierte Feste tiefer philosophischer Erkenntnisse.  
Oft fühlen wir ein tiefes Glück durch ihre Worte, weil sie Zeit  
und Ruhe hat, ihrer reichen Seele Nahrung zu spenden. Die  
Werte unserer großen modernen Dichter finden den Weg in  
ihre Zelle. Sie nimmt Stellung zu ihnen nicht als Politikerin,  
sondern als tiefer, verstehender Mensch, dem keine Frage der  
menschlichen Seele zu gering ist.

Ganz wenig bietet ihr die Natur von ihrer reichen Fülle.  
Mit den Vögeln teilt sie im Winter ihr Brot und bestelt sich  
dafür im Sommer die „schönsten Sonaten“ von ihnen. Jedes  
Gras im Gefängnis ist ihr verwandt. Mit mütterlicher  
Sorge wacht sie über all die kleinen Weiden in der Pflanzen-  
und Tierwelt, die in ihrem engen Bereich kommen. Durch das  
Studium von Spezialwerten sucht sie den Geheimnissen der  
Natur näherzukommen. Überall erblickt sie die Beziehungen

zum Menschenschicksal. Geist und Gemüt sind weit geöffnet,  
alles Schöne in sich aufzunehmen. Ihre Sehnsucht und Frei-  
heit durchbricht die Kerkerwände und tummelt sich in den  
Paradiesen des Südens in den Felsen der Insel Korzika und  
unter den schmutzigen Kindern der italienischen Städte. Oder  
sie lauscht der Nachtigall und folgt den Zugvögeln auf der  
weiten Reise zum Süden. Ihre Briefe an Luise Kautsky  
„sind ein blutvolles, farbiges Gemälde“, ein Hymnus auf  
Leben, Schönheit und Freundschaft.

Rosas Briefe\*) waren die erste sozialistische Lektüre, die mir  
in die Hände kam, als ich mich mit meinem Kirchenglauben  
auseinanderlegte. Damals fand ich für sie den Ausdruck:  
„die Heilige und Märtyrerin des Pro-  
letariats“. Und immer tiefer zündeten die Worte dieser  
menschlich großen Seele!

Überall, an jedem Frauenabend, mußte einer ihrer Briefe  
als Vermächtnis an uns, an alle kämpfenden Frauen, vor-  
gelesen werden. Soviel Kleinheit wird dann von uns ab-  
fallen, wir werden stark und reich im Glauben an die un-  
erschütterliche Idee des Sozialismus.

Sie uns arbeitete und kämpfte sie, für uns litt und starb  
sie, für uns lebt sie weiter als Mahnerin und Vorbild.

Hanna Spangenberg-Gera.

### Märchen der Wirklichkeit.

Kam mir da ein Buch in die Hände. Es war handlich in der  
Form, dagegen sehr auffällig im Einband. Dunkles Blau fand im  
reinen Gold, dieses im kräftigen Rot ein Gegenüber; jedoch, und  
das ist wesentlich, nicht unvermittelt. Hellere Farbtöne schafften  
einen Uebergang. Das kam dem prüfenden Auge und den beiden  
Frauen im Bilde zugute.

Das deutsche Wandermädchen und die junge Frau aus Asien oder  
Afrika wirkten nun nicht mehr so wie „Findlinge“, wie Ueber-  
bleibsel aus Zeitepochen, wie Produkte gesellschaftlicher Verhältnisse,  
die nicht das geringste miteinander gemein haben. Zwischen beiden  
Frauen offenbarten sich vielmehr Beziehungen. Näheres Betrach-  
ten ergab sogar Gemeinsameres. Oder sollte es von ungefähr sein,  
daß die junge Europäerin zurück, die Vertreterin des anderen Erd-  
teils vorwärts blickt; beide aber sinnend, fragend dreinschauen?

Selten, daß mich ein Bucheinband zum Betrachten und Ueber-  
legen nötigte, daß er mir gleichsam Deuter des Buchinhalts wurde.  
Noch seltener, daß ich im Inhalt fand, was des Uebersetzers versprach;  
daß es also nicht Fassade, nicht berechnete Reklame, sondern wahr  
und ehrlich war.

Bei Anna Siemsen „Buch der Mädel“, vom Urania-Verlag  
in Jena für 2,50 Mk. zu beziehen, traf es zu. Ich wandte Blatt  
um Blatt, fand Fortsetzung auf Fortsetzung, sah Frauenleben kom-  
men und gehen, merkte, wie jeder Wechsel der Menschheit einen  
und wenn auch nur geringen Vorteil hinterließ, kam von „Fayoweh“,  
der festgeschmückten Südseeinsulanerin zur reisenden schwar-  
zen Hausfrau in Afrika, las die Geschichte von der Gier des alten  
Mahmes und seiner Frau, lernte das Leben der Eskimofrauen  
und deren Kameradschaft und Tapferkeit kennen, hörte von der Spin-  
nerin, die Königin wurde, weil sie sich zu helfen wußte, verweilte  
bei dem sechsten Gesang aus Homers Odyssee, dessen Vermaß  
schwierig zu lesen war; erfahre von der guten alten Zeit, vom do-  
maligen Leben der Frauen und Jungmädchen, lerne das Dasein der  
Kleinbäuerin und Kleinbürgerin kennen und lerne dann das eigene,  
mein, meiner Mutter Arbeiterleben von Dittie Baber und Udel-  
heid Popp geschildert, um von Wera Figner und Rosa Luxemburg  
daran erinnert zu werden, daß der Kampf des Proletariats oft  
viel opferreicher und langwieriger sein konnte, wenn nicht „Abtrün-  
nige des Bürgertums“ Helfer in Leid und Streit gewesen wären.  
Walt Whitmans „Frau der Zukunft“ aber bringt zum Schluß  
den Zweck des Buches wieder nahe, damit das kritische: „Wo bleiben  
wir?“ zum Schweigen.

Anna Siemsen will „das große Märchen vom Aufstieg und der  
Befreiung der Frau“ den Mädchen erzählen. Die jüngste Weib-  
generation soll „ein wenig wissen von dem Leben der Frauen auf  
Erden und wie wunderbar genug ihr Schicksal und ihre Arbeit sich  
verwandelt hat“, damit sie ihr eigenes Leben und dessen Zweck  
verstehen lernen. Wir heutigen sind daher mit Fug und Recht  
bei den Erzählungen ausgeschaltet. Unter Fun und unter Wallen  
ist noch zu sehr zeitbedingt, ist viel zu sehr „von der Parteien  
Haß und Günst umstritten“, um denjenigen, die nach uns zu schaf-  
fen haben, Richtpunkt und Maßstab für ihr Handeln zu sein. Den-  
noch gibt das „Buch der Mädel“ auch der „Frau von heute“ etwas.  
Seine Art, über das Werden der menschlichen Gesellschaft bzw. über  
den daran gebundenen Anteil der Frauen zu pfeudern, ist bestimmt  
für viele suchende Arbeiterinnen das, was ihnen die eigene Jugend  
vorenthalten hat. — Wer also Geld und Zeit übrig hat, der kauft  
und liest das „Buch der Mädel“.

### Was heißt? — Was ist?

Worte, die schwer zu deuten sind.

Hasover = hebräischer Name, bedeutet soviel wie Fürst.  
Getho = ein Wohnviertel, das den Juden zwangsweise als  
Aufenthalt im Mittelalter angewiesen wurde.  
Liberalismus = eine fortschrittliche politische Richtung  
innerhalb des Bürgertums.  
Opposition = Gegenpartei.  
Klassischer Marxismus = die von Karl Marx begründete  
Lehre vom Sozialismus.  
Nationalökonomie = vom griechischen Wort Oikos (Haus)  
entlehnt. Heute wird mehr von Volkswirtschaft gesprochen.

\*) Briefe von Rosa Luxemburg. Von Sonja Liebknecht. Verlag  
Jugendinternationale Berlin.

### Die Bedeutung hoher Löhne.

Kürzlich sind in einem lehrreichen Büchlein<sup>1)</sup>, das von der Universität Heidelberg mit einem Preise ausgezeichnet worden ist, die Ergebnisse der neuen Wirtschaftsforschung über die Bedeutung hoher Löhne klar und sachlich dargestellt worden. Die kleine Schrift ist in der gesamten Gewerkschaftspressen eingehend und anerkennend besprochen worden. In der „Arbeit“, der wissenschaftlichen Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Zit. Dr. Marschal<sup>2)</sup>) eine Fortsetzung und Vertiefung der Darlegungen von Dr. Marschal. Es ist hier nicht möglich, auf diese verdienstvolle Abhandlung näher einzugehen. Nur einige wichtige Ergebnisse sollen kurz erwähnt werden.

Nach Marschal besteht eine Möglichkeit, die Kosten einer Lohn-erhöhung aufzubringen, darin, daß der Unternehmer seinen persönlichen Verbrauch einschränkt. Jedoch spielen praktische diese Möglichkeit — so behauptet Marschal — keine wichtige Rolle. Demgegenüber weist Marschal auf Grund sorgfältiger Schätzungen aus der Einkommensverteilung der Vorkriegszeit (für die Nachkriegszeit liegen ähnliche Statistiken nicht vor) nach, daß der „Lohnverbrauch“ doch eine beachtliche Höhe erreicht, die praktisch also sehr wohl zum Ausgleich von Lohnveränderungen herangezogen werden kann. Der „Lohnverbrauch“ beträgt durchschnittlich etwa 10 Prozent des gesamten Reineinkommens. Mit Recht sagt also Marschal: „Die Tatsache, daß es eine gewisse Reserve in Gestalt von persönlichen Mehrausgaben der Reichen gibt, löst zumindest dem Argument, daß Lohnveränderung zu einer mangelhaften Ausrüstung des Produktionsapparates führt, die Spitze brechen.“

Marschal untersucht ferner die wichtige Frage: In welcher Weise werden Lohnveränderungen verwandt? Wohin fließen diese Zusätze? Nach den Ergebnissen der Haushaltsstatistik von 1907 (eine neue Erhebung ist erst im Gange), vermag man zu schätzen: „Im wesentlichen ist die Tendenz festzustellen, daß bei steigender Wohlhabenheit die Bedeutung der Konsumgüter (Textilien, Möbel, Seife, Bücher, Zigarillen) steigt, während die Bedeutung der weniger verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkte relativ sinkt.“ Um ein handgreifliches Beispiel zu geben, nimmt Marschal eine Steigerung der Löhne und Gehälter um 25 Prozent bis 33 Prozent an. Die Rechnung ergibt in diesem Falle: „Von dem Ertrage der gesamten Lohn-erhöhung kam nur etwa ein Viertel den Nahrungs- und Genussmitteln zugute, während die restlichen drei Viertel für sonstige Gegenstände ausgegeben wurden, die zum größten Teil Industrieerzeugnisse sind.“ Von diesen entfällt wiederum etwa ein Fünftel (der Gesamtsumme) auf die Produkte der Textilindustrie (und auch Schuhe). Noch interessanter ist aber die Frage, wie groß der relative Zuwachs ist, den jeder einzelne Wirtschaftszweig durch die infolge der Lohn-erhöhung eingetretene Steigerung erfährt. Es ergibt sich zum Beispiel, daß der Verbrauch von Gesundheits- und Körperpflege-mitteln um mehr als ein Fünftel, der Verbrauch an Kleidern und Wäsche sowie an Möbeln etwa ein Siebentel und der Verbrauch für Beleuchtung, für Zeitungen und Bücher um je ein Zehntel gesteigert wird. ... Die Landwirtschaft und die Nahrungs- und Genussmittel-industrie würden einen Zuwachs von nur 6 1/2 Prozent erfahren, und wenn man die fabrikatorisch hergestellten Genussmittel (Zakawaren usw.) aussondert, so würde sich für die Waren geringerer Verbreitungsgrades (Kartoffeln, Brot) ein noch geringerer Zuwachs ergeben.“ Lohnveränderungen fließen aber zum weitaus größten Teile wieder der Industrie zu.

### Die Forderungen der französischen Arbeiter.

Paris, Anfang Januar 1928.

Der „Französische Gewerkschaftsbund“ hat vor einigen Wochen ein neues Manifest veröffentlicht, das sämtliche derzeitigen Wirtschaftsforderungen der französischen Arbeiter kurz zusammengefaßt. Nachdem die Rechtspresse dazu bemerkte, daß es vom traditionellen Sozialismus abrückte, daß „nicht eine einzige marxistische Formel mehr in dem Manifest zu finden ist“ und daß so die französischen Gewerkschaften eine nationale Macht werden könnten, wie in den Vereinigten Staaten die „American Federation of Labor“ (so der „Temps“), war vorauszusetzen, daß dieses Programm auf dem letzten sozialistischen Parteitag eine ziemlich Rolle spielen würde. Dieser hat eben in den letzten Dezembertagen stattgefunden, und natürlich wurde da auch das neue Programm des Gewerkschaftsbundes von der Linken der Sozialistischen Partei sehr angegriffen.

Was enthält es? In seinem ersten Teil betont es ausdrücklich — und das scheint von der bürgerlichen Rechten leider nur als leere Phrase aufgefaßt worden zu sein —, daß die französischen Arbeiter „in nichts auf ihr Ideal der Befreiung und der Gerechtigkeit verzichten da dies allein den Arbeitern den Platz geben kann, auf den sie ein Recht haben“. Er verlangt dann eine baldige Stabilisierung des Franken zur Mehrung des allgemeinen Wohlstands („werden nicht dadurch gleichzeitig die sozialen Ungleichheiten in heutigen Wirtschaftssystem erhöht und also eine Fortführung der Arbeiter von ihrer eigentlichen Aufgabe vorbereitet?“ lautet da der Einwand der Sozialisten) und zur Hebung der Kaufkraft der Massen: „Höchstmehr von Produktion in kürzester Zeit bei einem Maximum von Lohn“ heißt die neue Formel, die Leon Jouhaux, der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, schmiedete. Das ist aber nur möglich „durch die Entwicklung des Tarifvertragsystems und durch Arbeiterkontrolle der Betriebe und Kartelle und durch die Beteiligung der Arbeiter an den Betrieben“. Es heißt dann weiterhin: „Durch Ausfüllung dieser Forderung will der französische Gewerkschaftsbund nicht nur ein Recht, das die Arbeiter anderer Industrieländer bereits zum größten Teil besitzen, sondern er will auch darauf hin, daß diese Reform die Einführung neuer technischer Systeme begünstigt und daß sie einfach unentbehrlich ist für die Neuorganisation der französischen Wirtschaft.“

Zur Ausfüllung dessen bedarf es der unbedingten Einhaltung oder Anerkennung der folgenden acht Punkte:

1. Die Anwendung des bisher nur erst vom Parlament angenommenen Gesetzes über die Sozialversicherungen und dessen Ergänzung durch ein Arbeitslosenversicherungsgesetz
2. Für Arbeiterinnen und Arbeiter muß das Prinzip gelten: für gleiche Arbeit gleichen Lohn.
3. Abschaffung der Ferien.
4. Umorganisation der Arbeiterbeaufsichtigung und Einsetzung von Arbeiterdelegierten für die Sicherheit in den Betrieben.

<sup>1)</sup> Dr. Karl Marschal, Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne. Verlagsbuchhandlung des ADGB.  
<sup>2)</sup> Dr. K. Marschal, Hohe Löhne und die Volkswirtschaft. Die Arbeit, 11. 1927.

# Sozialpolitik.

### Vergeht bei Arbeitslosigkeit die gehabte Kurzarbeit nicht.

Der § 105 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestimmt, daß:

„Für die Zugehörigkeit des Arbeitslosen zu der einzelnen Lohnklasse das Arbeitsentgelt maßgebend ist, das er in den letzten drei Monaten seiner Arbeitnehmertätigkeit im Durchschnitt bezogen hat. Soweit er in dieser Zeit infolge Arbeitsmangels die in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht hat und deswegen Lohnkürzungen unterworfen war, ist das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, das er ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte.“

Das Arbeitsamt kann nun aber nicht wissen, ob der sich arbeitslos Meldende vorher kurz gearbeitet hat. Insbesondere wenn dieser lediglich die zuletzt verdiente Wochensumme ohne die Bemerkung, daß es der Betrag für eine verkürzte Arbeitszeit gewesen ist, angibt und auch aus der vorgelegten Entlassungsbcheinigung nichts Näheres zu erkennen ist.

Daraus können ungewollt finanzielle Nachteile für die Erwerbslosen entstehen. Differenzen von einigen Reichsmark pro Woche zwischen Unterstützungsanspruch und gezahlter Unterstützung sind durchaus nicht unmöglich.

Da aber die Unterstützungssätze schon das Minimum dessen darstellen, was der erwerbslose Arbeiter für seinen Unterhalt braucht, muß jede weitere Kürzung der Sätze vermieden werden. Die eigene Achtsamkeit kann dabei viel mitwirken.

Deshalb: beim Melden der Arbeitslosigkeit die gehabte Kurzarbeit nicht vergehen!

### Unbegründeter Entzug der Arbeitslosenunterstützung.

Von den Arbeitsämtern wird oft die Unterstützung auf zwei bis vier Wochen gesperrt, weil angeblich „die Arbeitslosigkeit selbst verschuldet war“. Dagegen müssen die Betroffenen innerhalb 14 Tagen Einspruch einlegen.

Die Wartefrist von zwei bis vier Wochen darf das Arbeitsamt nur verhängen, wenn entweder: a) der Arbeitslose die Arbeit selbst aufgegeben hat, ohne daß ein berechtigter Grund dafür vorlag, oder b) der Arbeitslose seine Arbeitsstelle verloren hat aus einem Grunde, der den Unternehmer zur fristlosen Entlassung berechtigt hätte.

Zu a: Hat ein Arbeitsloser seine Arbeitsstelle selbst aufgegeben, so bekommt er trotzdem Unterstützung und es darf ihm keine Wartefrist auferlegt werden, wenn ein berechtigter Grund zur Aufgabe der Arbeitsstelle vorgelegen hat. Berechtigte Gründe liegen vor, wenn:

1. für die Arbeit nicht der Tariflohn oder der ortsübliche Berufslohn gezahlt wird,
  2. die Arbeit nicht der Vorbildung, dem früheren Beruf usw. entspricht, d. h. wenn er andere als seine Berufsarbeit machen soll. Dieser Grund fällt aber nach neuemödigem Unterstühtungsbezug fort, es sei denn, das spätere Fortkommen ist gefährdet (siehe Nr. 21 des „Freien Gewerkschafters“),
  3. die Arbeitsstelle durch Streik oder Aussperrung freigeblieben ist,
  4. die Unterkunft fütlich oder gesundheitlich bedenklich ist,
  5. die Versorgung der Angehörigen nicht gesichert ist.
- liegt also bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis ein solcher Grund vor, so wird trotzdem die Unterstützung gezahlt, in allen anderen Fällen erst nach Ablauf einer Wartefrist von zwei bis vier Wochen.

liegt Entlassung durch den Unternehmer vor, so ist die Unterstützung in jedem Falle zu zahlen, eine Wartefrist darf nur verhängt werden, wenn ein Grund zur fristlosen Entlassung vorgelegen hat. Gründe für die fristlose Entlassung sind:

5. Ratifikation der internationalen Arbeitsabkommen, besonders derer, die sich auf den Schutz der Frau und des Kindes beziehen.
6. Ausdehnung der Arbeitergesetzgebung, wobei auch vor den Kolonien und den unter französischem Protektorat stehenden Ländern nicht halt gemacht werden darf.
7. Einrichtung eines aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern in gleicher Zahl zusammengesetzten Schiedsgerichts, das bei Arbeitskonflikten einen obligatorisch bindenden Spruch zu fällen hat.

Die größten Schwierigkeiten haben die französischen Gewerkschaften mit ihrer Auffassung vom Streik (ein neuer Gesetzesvorschlag des sozialistischen Abgeordneten Victor Jean verlangt endlich, daß der Streik gesetzlich als momentane Arbeitsunterbrechung, aber nicht als Kontraktbruch betrachtet werden soll) und in ihrer Forderung einer Arbeiterkontrolle der Betriebe. Ja, man zweifelt verschiedentlich in den Gewerkschaftskreisen daran, daß die Kontrolle ohne allerhöchste Kämpfe durchzuführen ist. Ueber die Ausführung ist man sich im einzelnen unklar. Soll das deutsche Betriebsrätesystem angewandt werden, oder sollen unabhängige Staatsbeamte, die mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, mit dieser Aufgabe betraut werden? Aber einzig ist man sich in deren Notwendigkeit. Und einzig ist man sich auch in dem Bewußtsein, daß der Arbeitgeber die Kontrolle so stumpf und unbrauchbar wie möglich zu gestalten suchen, daß er ihr Irntümer aufbürden und ihre baldige Wiederabschaffung versuchen wird. Einstweilen wehren sich die Arbeitgeber dagegen, weil Gewerkschaften, die auf dem Klassenkampfstandpunkt stehen, unmöglich zu einer Kontrolle der Betriebe herangezogen werden dürften. Der französische Gewerkschaftsbund erwidert darauf: „Es sind im Gegenteil gerade die Arbeitgeberverbände, die den Klassenkampf durch die Verweigerung der Arbeiterkontrolle verewigen.“

Im Jahre 1928, welches sehr wahrscheinlich das Jahr der Stabilisierung des französischen Franken ist, wird man zweifellos an den neuen Forderungen des „Französischen Gewerkschaftsbundes“ nicht schilos vorbeiziehen können.

Kurt Venz.

### Literatur.

Inhaltsverzeichnis der Vierung 1/1928 der Zeitschrift Textilberichte, Heidelberg.

### Mechanisch-technischer Teil

Betrachtungen über die Bewegungsverhältnisse des Ringlaufers, Kiefer: Die Regulierung der Baumwollspinnmaschine, Mitteilung des Fachnormenausschusses für Textilindustrie und Textilmaschinen, Gewebepumpe- und Bürstmaschine, Techn. Mitteilung aus der Indu-

1. Vorlegen gefälschter Arbeitspapiere.
2. Diebstahl, Betrug, Unterschlagung.
3. Bewährliche Weigerung, die Verpflichtung aus dem Arbeitsvertrag zu erfüllen, beharrliches unbefugtes Verlassen der Arbeit.
4. Undorichtiges Umgehen mit Platz und Feuer, trügerische Warnung.
5. Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegenüber dem Unternehmer, seiner Vertreter (Meister usw.) oder gegenüber Familienangehörigen des Unternehmers oder seiner Vertreter.
6. Vorsätzliche und rechtswidrige Sachbeschädigung.
7. Handlungen, die gegen die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen.

Alle anderen Gründe berechtigen den Unternehmer nicht zur fristlosen Entlassung, und demzufolge das Arbeitsamt auch nicht zum Entzug der Arbeitslosenunterstützung. Art. 3. B. wenn der Arbeiter grob fahrlässigerweise eine Arbeitsverletzung, Unhöflichkeit, Beleidigung oder gar Schlägerei mit seinem Mitarbeiter entlassen ist, so muß er trotzdem Unterstützung bekommen (womit natürlich nicht Unhöflichkeit, Schlägerei usw. befürwortet werden soll). Da wir je Versicherung und nicht mehr Fürsorge haben, besteht ein Rechtsanspruch auf die Unterstützung, der entfällt, wenn einer der obengenannten Gründe vorliegt. Der Entzug der Unterstützung ist allerdings auch dann möglich, wenn die Entlassung nicht fristlos erfolgt ist, aber der Grund der Entlassung dem Unternehmer die Berechtigung zur fristlosen Entlassung gegeben hätte.

Bei Unterstützungsansprüchen ist also stets zu prüfen, ob der Arbeitslose freiwillig die Arbeit aufgegeben hat oder entlassen worden ist. Ist er freiwillig gegangen, so hat er trotzdem Anspruch auf die Unterstützung, wenn ein berechtigter Grund zur Aufgabe der Arbeit oder Annahme einer Arbeitsstelle vorlag, ist er entlassen worden, so darf ihm nur dann eine Wartefrist auferlegt werden, wenn die Entlassung aus einem Grunde erfolgt ist, der zur fristlosen Entlassung berechtigte.

### 3. Einspruch gegen Abzüge oder gegen den Entzug der Arbeitslosenunterstützung usw.

Es kommt jetzt oft vor, daß Arbeitslosen zu Unrecht die Unterstützung verweigert, oder auf einige Wochen entzogen wird, daß Familienzuschläge vorenthalten werden, die Unterstützung falsch berechnet wird, unberechtigte Abzüge vorgenommen werden usw. Das erklärt sich daraus, daß das Gesetz neu ist, daß die ausführenden Personen zum Teil noch sehr im Banne der alten Fürsorgebestimmungen stehen und so dem Gesetz eine bürokratische, seinem Geist widersprechende Auslegung geben, oder daß sie die jetzt beachtenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen, z. B. § 123 des Gewerbeordnung (Gründe für fristlose Entlassung), nicht genügend kennen.

In allen Fällen, wo es sich um völligen oder zeitweiligen Unterstützungsentzug, bzw. um Unterstützungsstärkung handelt, muß der so beschiedene Arbeitslose sich auf jeden Fall eine schriftliche Begründung für den Entzug der Kürzung usw. vom Arbeitsamt geben lassen. Diese muß ihm gegeben werden. Damit geht er dann sofort nach der Geschäftsstelle des Verbandes oder zum Arbeitersekretär, damit er sachgemäß beraten werden kann. Nach Ablauf von 14 Tagen gibt es keinen Einspruch mehr, auch dann nicht, wenn dem Arbeitslosen Unrecht geschehen ist.

### Textile Forschungsberichte

Herzog: Ueber die sichtbaren Veränderungen der Schafwolle nach der Behandlung mit lauren Chlorkalkbädern, Heint: Mikroskopie an Kunstfäden, Pichler: Gewichtsverlust beim Veredeln von Baumwollwaren, Prüfeinrichtung für Feuchtigkeitsmesser, Techn. Mitteilung aus der Industrie.

### Chemisch-technischer Teil

Haller: Ueber den Chemismus der Glukose-Hydrolyse-Rückstände, Böhmer: Moderne Entwurfsverfahren für textile Druck, Fijel: Münch: Die Brauchstoffe in ihren Eigenschaften und Verwendungsmöglichkeiten, Schlie: Bembergseide, eine wirtschaftliche Betrachtung, Kling: Spinnleistung auf dem Gebiete der Textilhilfsmittel, Kirberger: Die Wäsche man Kunstfäden, Droz: Fortschritte bei der Verwendung von Acetatseide in der deutschen Spinnweberei, Müller: Ammoniak als Egalisierhilfsmittel bei der Wollfärberei, Herbig: Zur Untersuchung von Appreturhilfsmitteln und der Appretur auf Geweben, Höp: Polarbrillanten B conc. und 3 B conc., Reinting: Die Entwicklung des Webdrucks, der Befestigung der Farben durch Dämpfen und der benutzten Apparate, Henkel: Einfluß der Herkunft und des Reifungsgrades vegetabilischer Fasern auf die Aufnahme von Metallfärbungen und Kaphol AS, Neue Farbstoffe, neue chemische Präparate, Die Weltzeitung enthält wie bisher Referenzen aus in- und ausländischen Fachzeitschriften, Neue Bücher, Musterkarten, Goldgarn in Indien, Feldhaus: Bilanz aus der Geschichte der Textilindustrie, Technische Wirtsch. künfte, Fragen und Antworten, gefuchte Bezugsquellen, Abkürzt Neue Erfindungen bringt in bekannter Weise den Bezugs der bekanntgemachten Patentanmeldungen sowie Patentberichte aus in- und ausländischen Patentschriften.

### Betriebstechnik, Organisation.

Rupp: Psychotechnik in der Textilindustrie, Berufsgesahren in der Textilindustrie und ihre Verhütung, Seuchter: Luftbefeuchtung der Textilindustrie, Berge: Geschäftsaufstieg und Fachpresse.

### Wirtschaftlicher Teil

Freiberger, Carl Nordmark f. Rosenfeld f. Die deutsche Rationalisierungsbewegung und das Reichsministerium für Wirtschaftlichkeit, Kardeg, ein Beitrag zum Effizienz-Problem, Aktiengesellschaft, Vereinsnachrichten, offene Stellen.